

Der Kampf um das Gewerkschaftsgesetz

Der Kampf um das Gewerkschaftsgesetz

London, 28. Januar. — Gestern wurde die Debatte über den Gesetz zur Abschaffung des Baldwinischen Antigewerkschaftsgesetzes von 1928 in zweiter Lesung abgeschlossen. Infolge der Stimmenthaltung der Liberalen gelang es Macdonald eine Mehrheit zu erzielen. Das Gesetz wurde mit 277 gegen 250 Stimmen angenommen.

Während der Debatte erklärte der sozialdemokratische Generalsekretär Ernster, im Auftrag der Regierung, daß das neue Gesetz politische Sitzzeiten weiterhin verbiete und daß ein Generalstreik wie im Jahre 1926 in Zukunft „unzulässig“ sein würde.

Auf Grund der bestehenden Erfahrung beschlossen die Liberalen, sich der Stimme zu enthalten, unter dem Vorbehalt, daß der Begegnungszeit vor der dritten Lesung ersten Abänderungen unterzogen werde.

Durch diese Abstimmung ist der Sturz der Macdonald-Regierung, der bereits von der konservativen Presse offen angekündigt wurde, wieder einmal hinausgeschoben worden. Bis wie lange? — Das ist eine gegenstandslose Frage, denn wir sind keine Propheten. Aber sonst steht fest: Der Sturz Macdonalds ist nicht mehr eine Frage des „Wann“, sondern des „Wann“. Seine Tage sind gezählt — wobei es gleichgültig ist, ob er in der dritten Lesung über das Gewerkschaftsgesetz hüpft oder einem anderen Angriff unterliegen wird.

Der Kampf um das Gewerkschaftsgesetz ist nur ein Ausdruck der Verfestigung der ökonomischen Krise, der Verstärkung des Klassenkampfes, das Zeichen einer politischen Krise in England.

Das neue Gesetz lägt die Verhältnisse des Baldwin-Gesetzes im wesentlichen bestehen. Politische Streiks, insbesondere politische Massenstreiks, bleiben weiterhin „verboden“ und sind juristisch strafbar. Soldatensatzstreiks, die von Baldwin ebenfalls verboten waren, werden mit wesentlichen Einschränkungen wieder „gestattet“. Der einzige Punkt, in dem das Baldwin-Gesetz revidiert wird, ist die Anerkennung jener Paragraphen des Gewerkschaftsstatuts, wonach jeder Arbeiter, der der Gewerkschaft beitritt, zugleich Mitglied der Arbeiterpartei wird und seinem politischen Mitgliedsbeitrag an die Gewerkschaft abzuführen hat. Auf diesem Punkt sind die Liberalen unanrückbar, und nach den leichten Meldungen hat sich Macdonald schon bereit erklärt, hier wichtige Konzessionen zu machen, um sein Kabinett vor Überzeugung wieder zu retten.

Aber diese parlamentarischen Geplänkel entscheiden nicht das Schicksal der Macdonald-Regierung. Die Ursachen der Krise liegen tiefer. Die Macdonald-Regierung befindet sich am Ende ihres Lebens. Die Wirtschaftskrise mit ihren politischen Auswirkungen erfordert eine feste Hand, die entschieden durchgreift, ohne Rücksicht auf die proletarischen Wähler. In der Zwischenpolitik hat die ökonomische Krise und die Auswirkung des Kampfes um die Märkte dem englischen Imperialismus eine Orientierung auf Frankreich aufgerungen, die im starken Gegenzug leicht zu bisherigen außenpolitischen Linien des englischen Imperialismus mit Amerika und des späteren Vaterlandes zwischen Amerika und dem europäischen Kontinent.

Angesichts der politischen Wandlungen in den großen europäischen Staaten (das reaktionäre Papal-Kabinett, die Brünings-Regierung in Deutschland) drängt auch die englische Bourgeoisie auf die Einsetzung einer traditionellen Regierung der Konservativen.

Die Macdonald-Regierung hat in ihrer etwa zweijährigen Herrschaft eine Reihe wichtiger Aufgaben im Interesse des englischen Finanzkapitals, der Kohlenarbeiter und Textilindustrie erfüllt. Ihr leichter großer „Erfolg“ war der Abschluß der Londoner Indien-Konferenz „am runden Tisch“. Die mehr als vagen Verschlüsse dieser Konferenz, die das Ziel der englischen Unterwerfung in Indien nicht einmal um ein Gramm erleichterten, jedoch denn dem indischen Volk irgendwelche „Unabhängigkeit“ verschafften, haben bei den reaktionären Kräften in England reelle Zustimmung gefunden. Bald wird leicht befürchtet werden im Unterhaus die Macdonald-Regierung zu ihrem „legionären“ Willen.

Mit dem Abschluß der Indien-Konferenz hat die Macdonald-Regierung ihre Aufgaben erledigt. „Der Mohr hat seine Schulden getragen.“ In den Fragen, die in der nächsten Zukunft ihrer

Die Straße ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

erschienen bei Internationaler Arbeiter-Verlag G. M. & C. Berlin.

22. Fortsetzung.

Er sah Uoshibita an, der noch viel fröhler war als der Diener, der ihn herzeführt hatte, erhob sich ein wenig und zeigte auf einen Drehsessel, der durch zwei Schreibtische von ihm getrennt stand.

(Die Leute wissen vielleicht, daß solche Gentlemen Sets gern die großen Tische benutzen, nicht wegen ihrer Schönheit oder aus geschäftlicher Notwendigkeit, sondern als Barrifade, wenn sie „gefährliche“ Arbeiter empfangen müssen, um ihre Großzügigkeit zu beweisen.)

Aber im Hause Uoshibita hatte er solche Rücksichten nicht nötig. „... war ein englischer Gent, keiner vom Schlange dieser Orten.“ ... nicht, die ihren Besuchern häufig den Rücken der Schneide ihrer Messer vom geistigen Überdruß zu riechen geben, und er trug einen Haarszug von tavolosem, englischem Schnitt.

„Ich habe mich beeilt, auf Ihren Anruf zu Ihnen zu kommen.“

Uoshibita konnte nicht einsehen, warum er läßtchnig sein sollte. Der junge Mohr deutete sich mißtrauisch aus seinem Gehörsraum und lachte:

„Unterstehen Sie immer noch die Streitenden der Dabu-Druderei?“

„Ja — Tja!“ Uoshibita wand sich auf seinem Stuhl. „Unterstehen? — Unterstehen — ja, was heißt unterstehen?“ Er verstand Shibusawa nicht.

„Das heißt, daß Sie als Vermittler zwischen Gesellschaft und Streitenden unverhältnismäßig stark die Forderungen der Streitenden unterstützen und so die Gesellschaft schädigen — natürlich, ohne es zu wollen, aber das wird ich Ihnen in einigen Tagen zeigen.“

100 Millionen Arbeitslose bevölkern Chinas Städte und Dörfer

Der Kommunismus in China unüberwindlich

Die bürgerliche „Tribune“ meldet aus London:

Nach den bisherigen Wahlen folgen der chinesischen Regierung im Kampf gegen den Kommunismus sind jetzt Maßnahmen ergriffen worden, um die gesamte Kriegsführung auf eine neue Grundlage zu stellen. Darauf ist, wie die „Times“ aus Shanghai meint, dem General-Hauptquartier der Oberbefehl über alle Regierungstruppen übertragen worden, die gegen die Kommunisten eingesetzt werden sollen.

Die Kommunisten haben bisher eine ganze Menge von Städten wieder erobert und dabei auch den Regierungstruppen erhebliche Verluste beigebracht. In einem Falle haben sie über 40 000 Waffen erbeutet. Ohne somme, daß die Gewaltübernahme eine Musterung am die Massen Gewaltübernahme zu begehen und zur Selbsthilfe zu greifen.

Die Regierung von China sieht einen Problem gegenüber, das nicht erfordert als Strafaktionen und Reue nur durch Bekämpfung der grundlegenden Ursachen daran zu rückt, daß es sämtlich von einer Sache zu begegnen.

Die Korrespondenten der „Times“ fliegen dazu: Chinesische Kreise schätzen die Gesamtzahl der Arbeitslosen in China auf 100 Millionen. Diese unglaubliche Zahl erklärt sich aus dem durch den Bürgerkrieg und die Kreise berührten Land. Dieser Mensch sei geradezu eine Mutterforderung an die Massen Gewaltübernahme zu begehen und zur Selbsthilfe zu greifen.

Die Regierung von China sieht einen Problem gegenüber, das nicht erfordert als Strafaktionen und Reue nur durch Bekämpfung der grundlegenden Ursachen daran zu rückt, daß es sämtlich von einer Sache zu begegnen.

Deutschland auf dem Wege nach Paris

Französische Kredite in Sicht — Frankreich schließt mit seinen goldenen Augen

In der deutschen und französischen Bourgeoisepresse wird seit einigen Tagen der Plan einer französischen Kredithilfe über, gar einer großen längfristigen Entschuldigung für Deutschland erfragt diskutiert. Diese Frage hat schon in Genf eine große Rolle hinter den Kulissen gespielt. Kurz vor seinem Rückkehr nach Berlin hatte Curtius noch eine Unterredung mit Briand, in der ebenfalls die Frage französischer Kredite für Deutschland besprochen wurde. Inzwischen hat bereits eine der größten französischen Banken mit einem deutschem Komittee Verhandlungen über einen kurzfristigen Kredit in Höhe von vielen Millionen Franken aufgenommen.

Hinter diesen Finanzverhandlungen, deren Bedeutung trotz der üblichen amtlichen Dementis von der Presse häufig und darüber höchst unterschiedlich wird, verbirgen sich wichtige politische Vorgänge. Das Werk von Genf wird auf dem

Wege des materiellen Schachtes fortgesetzt. Frankreich schließt auf Deutschland mit seinen goldenen Augen. Die Nachherierung Deutschlands an Frankreich, die in Genf im Zusammenhang mit der Erledigung des Überholstellenhobbies angekündigt wurde, soll durch eine Verstärkung der finanziellen Abhängigkeit Deutschlands vom französischen Staatskapital unterstellt und beobachtet werden.

Doch die Spekulation Frankreichs nicht leicht ist“ schreibt die „Börsenzeitung“ vom 28. Januar — „zeigt die Tatsache, daß in Deutschland immer weltweite Kreise sich einer Westorientierung geweigt zeigen“.

So beginnen die Konturen der Übereinstimmungen, die in Genf hinter den Kulissen getroffen wurden, aus dem diplomatischen Kreis immer deutlicher hervortreten.

Der Tiefstamps in Lancashire

Massenstreikposten verhindern Streikbrech

Boston, 28. Januar. — Die Bekanntgabe des Ergebnisses bei Urabstimmung, die eine überwiegende Mehrheit zugunsten der Fortsetzung des Kampfes ergeben hatte, wurde in ganz Lancashire von den Arbeitern mit größter Begeisterung aufgenommen.

Im Barnsford, wo einige wenige Streikbrecher arbeiten, durchdrangen heute Massenstreikposten die Polizei und jagten die Streikbrecher fast eine Meile weit fort. Es kam zu heftigen Zusammenstößen, und als Polizei verstümmelten eintraten, verhaftete die Polizei die Streikbrecher um sie vor der Flucht zu schützen.

Straßenkämpfe in Sevilla

Paris, 28. Januar. — In Sevilla kam es am Mittwoch gegen 12 Uhr eine Ausgebung der Eisenbahnarbeiter zu einem heftigen Zusammenstoß mit der Polizei. Die Arbeiters, die eine Erhöhung der Löhne verlangten, hielten einen geöffneten Zug gebildet, den die Polizei zu perfektem Verherrlichen eintraten, verhaftete die Polizei die Streikbrecher um sie vor der Flucht zu schützen.

Durch den Eigentanz Michaelis die politische Rolle des Gentzenchanges, und es läuft, als Michaelis zu Uoshibita zurückkehrt.

„Wo, wo?“

Über der Herr Stadtverordnete war immer noch nicht im Bild.

„Ja habe den Charakter und die Funktion der Gemeinschaften in jeder Einzelheit studiert — und ich glaube jetzt, daß die Gemeinschaft dieser Städte, denen Sie helfen wollen, nach zufrieden Sozialen aufgezogen ist, das ist nicht als eine nur formelle Bewegung.“

Uoshibita läuft, daß die greifbaren Vorstellungen, die er endlich zu hören glaubte, schnell wieder verschwinden.

„Was heißt Gemeinschaft nach russischen Sozialen?“

Das junge M. R. war verwundert:

„Das heißt, daß diese Gemeinschaft ihren Zusatz von der russischen sozialistischen Sowjetrepublik bekommt.“

Der Stadtverordnete erkannte:

„Ah, ja — Kommunisten.“

„Noch nicht ganz, aber dennoch.“

Das junge Reichstagsmitglied war rot. Johnson brauchte er keine Befähigung, ob seine Beratung richtig oder nicht, aber nach Künftiges seines neuen Dienstes, nach der Möglichkeit seiner empirischen Kenntnisse, gehörte er zu „Red“ und waren ein Erfolg, den man nun der gut geprägten Wirkung der Menschheit ausstrecken möchte.

„Wie Sie leben wollen, wird meine Gedanken, bis jetzt, der ich angehöre, kann in den nächsten Tagen den kulturellen Aufbau der Kommunistischen Partei und des Zentralkomitees der Sowjetrepublik beobachten.“

Der Stadtverordnete lag nun und rutschte über die Schilderung hin.

„Über die Frage der wirtschaftlichen Unternehmensformen und später politischen kleinen Partei und Okzess zu leben.“ — Sie werden die Zusammenkünste nach wirtschaftlichen Konsolidationen — und so will ich Ihnen Sie und die Herren der Stadtverordneten zusammen einigen von diesen Schilderungen zu gestatten.“

„Ja — ja bin einsichtig.“

Der Stadtverordnete war erfreut.